
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kultur- und Schulausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 9. April 2018**, im Kleinen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Geschwister-Scholl-Schule Konstanz; Auslaufen der Werkrealschule ab dem Schuljahr 2017/18 Beteiligungsverfahren im Rahmen der regionalen Schulentwicklung / Stellungnahme des Landkreises Konstanz	2018/070
2.	Mitteilungen	
2.1.	Mettnau-Schule Radolfzell; Reform der Pflegeberufe - Generalistische Pflegeausbildung - Pflegeberufegesetz	2018/061
2.2.	Jugendberufsbegleiter im Landkreis Konstanz; Bericht über die Arbeitsergebnisse im Schuljahr 2017/18 – Übergang von Schülerinnen und Schülern von allgemein bildenden Schulen in eine berufliche Schule	2018/067
2.3.	Berufliche Schulen im Landkreis Konstanz; Schulstatistik 2017/18 - Kleinklassen (Eingangsklassen)	2018/048
2.4.	Neubau eines Berufsschulzentrums in Konstanz; Sachstand und weiteres Vorgehen	2018/055
3.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
3.1.	Verlegung von Schularten an das Berufsschulzentrum Radolfzell	
3.2.	Sukzessive Verlegung der Fachstufe Maurer ab dem Schuljahr 2018/19 an die Gewerblichen Schulen Donaueschingen	
3.3.	Sukzessive Verlegung der Fachstufe Maler und Lackierer ab dem Schuljahr 2018/19 von den Gewerblichen Schulen Donaueschingen an das Berufsschulzentrum Radolfzell	
3.4.	Öffentlichkeitsarbeit für die Anmeldungstermine Berufliches Abendgymnasium 2018/19; Appell der CDU-Fraktion	

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Blum, Ralf

Czajor, Marion (als Vertreterin für den entschuldigten **Rühland**, Dieter Prof. Dr.)

Demmler, Kurt (als Vertreter für den entschuldigten **Fritschi**, Alois)

Eisch, Uwe

Hänßler, Peter

Koch, Hans-Peter

Lehmann, **Siegfried**

Leipold, **Brigitte**

Luick, Rainer, Prof. Dr.

Müller-Fehrenbach, Wolfgang

Netzhammer, Veronika

Schäuble, Martin (als Vertreter für den entschuldigten **Repnik**, Hermann)

Stolz, Rainer

Volk, Bernhard (als Vertreter für den entschuldigten **Leichenauer**, Stefan)

Weber-Bastong, Claudia

Wehrle, Pius

Zähringer, Markus

Entschuldigt:

Baumgartner, Dietmar

Fritschi, Alois

Jüppner, Manfred

Leichenauer, Stefan

Repnik, Hermann

Rühland, Dieter Prof. Dr.

Wehinger, Dorothea, MdL

Als Gäste anwesende Kreisräte

Keck, Jürgen, MdL (TOP 2.1)

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Aberle-Heine, Daniela (Vorsitzende des Gesamtelternbeirates der Beruflichen Schulen)

Bräutigam, Katrin (Mettnauschule Radolfzell / TOP 2.1)

Fehrenbach, Stefan (Hohentwiel-Gewerbeschule Singen/Schulleiter)

Gutmann, Wolfgang (Mettnauschule Radolfzell/Schulleiter)

Heitzer, Claudia (Berufsschulzentrum Stockach/Schulleiterin)

Knapp, Karl (Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz/Schulleiter)

Opferkuch, Norbert (Berufsschulzentrum Radolfzell/Schulleiter)

Pohlmann-Strakhof, Martin (Wessenbergschule/Schulleiter/GF Schulleiter Berufl. Schulen)

Schoch-Kugler, Karin (Robert-Gerwig-Schule Singen/Schulleiterin)

Verwaltung

Nops, Harald

Gogol, Daniela (TOP 2.2)

Hagen, Eveline

Spellenberg, Frank (TOP 2.2)

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. **Geschwister-Scholl-Schule Konstanz;**
Auslaufen der Werkrealschule ab dem Schuljahr 2017/18
Beteiligungsverfahren im Rahmen der regionalen Schulentwicklung / Stellungnahme des Landkreises Konstanz

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Eisch**

Diese Entscheidung wird sehr kritisch gesehen. Die von Herrn **Pohlmann-Strakhof** aufgeführten Argumente werden unterstrichen. Diese Schulart wird als eine enorm wichtige Schulart empfunden. In den Eingangsklassen besteht zwar immer wieder die Schwierigkeit, die Mindestschülerzahlen zu erreichen. Aber spätestens die siebte Klasse kann zweizügig angeboten werden, denn dann kommen die ganzen „Heimkehrer“ von den anderen Schulen.

Auch für das Handwerk ist diese Schulart enorm wichtig.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Das ist eine absurde Diskussion. Die Eltern haben das Wahlrecht und außerdem wurde das Schulgesetz geändert. Der Hauptschulabschluss ist nun auch an der Realschule und an der Gemeinschaftsschule ablegerbar.

Wenn man diesen Schulstandort belassen und es der Stadt Konstanz als Schulträger auferlegen würde, die wenigen Schüler, die noch da sind, weiterhin an zwei Standorten zu beschulen, würde man dadurch auch nicht mehr Werkrealschüler bekommen.

Die neue Landesregierung steht hinter dem neuen Schulgesetz, das explizit den Hauptschulabschluss an der Realschule vorsieht. Die Realschule, die früher auch die klassische Schulart war, die auf die duale Ausbildung hingeführt hat, wird heute damit beworben, dass dort ein Abschluss des G9 absolviert werden kann. Ähnlich argumentieren auch die beruflichen Schulen.

Man zielt im Grunde genommen gar nicht mehr auf die Menschen ab, die eine duale Ausbildung machen möchten. Die Schulen selbst betonen viel mehr, dass sie höhere Abschlüsse anbieten können. Das hat zur Folge, dass mittlerweile nur noch $\frac{1}{4}$ der Realschulabgänger in die duale Ausbildung gehen. Der Rest geht auf weiterführende Schulen, was ein großes Problem ist.

Man kann sich nun grundlegend über das duale System austauschen. Aber es besteht bereits eine Schiefelage im allgemeinbildenden System. Es konnten auch unzählige Haupt- und Realschulreformen nicht zu einer Verbesserung des Zugangs zur dualen Ausbildung beitragen.

Das Besondere an dieser Diskussion ist, dass diejenigen, die diese Idee am Meisten vorbringen, selbst nicht auf die Idee kommen, ihre eigenen Kinder in eine duale Ausbildung zu bringen oder geschweige denn zu sagen, dass auch ein Hauptschul- bzw. Realschulabschluss gut seien.

Vorsitzender

Der Vorschlag der Verwaltung ist, dass der Ausschuss beschließen soll.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Die Konstanzer wissen, wie die bisherige Diskussion verlief. Der Stadt Konstanz bleibt nichts anderes übrig als diesen Schritt zu gehen, ganz unabhängig davon, ob man das möchte oder nicht. Die Schülerzahlen haben sich nun einmal so entwickelt.

Politik sollte immer damit beginnen, dass sie die Realität, die sich gesellschaftlich eingestellt hat, auch akzeptiert.

Man sollte der Stadt Konstanz hier keine Steine in den Weg legen.

Vorsitzender

Das ist ein schwieriges Thema. Kreisrat **Siegfried Lehmann** beantragt, dass man dem Vorhaben der Stadt zustimmen sollte. Kreisrat **Eisch** beantragt, das Vorhaben abzulehnen.

Kreisrat **Stolz**

Die FW-Fraktion ist ebenso der Meinung, dass man sich im Sinne von Herrn **Pohlmann-Strakhof** kritisch mit der Sache auseinandersetzen muss.

Kreisrätin **Brigitte Leipold**

Auch im Gemeinderat der Stadt Konstanz wurde bereits darüber diskutiert, dass die Werkrealschule, die auch von mehr Schülern besucht wird, als Werkrealschule belassen werden sollte.

An der Geschwister-Scholl-Schule, an der man den Platz brauchen kann, sollte man dies anders machen. Kreisrat **Müller-Fehrenbach**, der früher Schulleiter der Geschwister-Scholl-Schule war, wird vermutlich anders argumentieren. Aber so wäre es insgesamt für alle Beteiligten besser.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Es geht darum, die Realität zu betrachten. An der Geschwister-Scholl-Schule gibt es 160 Schüler. Es trifft zu, dass die Schülerzahlen in den Klassen 5 und 6 zu gering sind, was im Grunde genommen auch der springende Punkt ist. Ab Klasse 7 gibt es zwei Züge und es müssen ständig neue Klassen geschaffen werden.

Beim Auslaufen der Werkrealschule müssten diese Schüler künftig an die Berchenschule Konstanz gehen. Die Berchenschule müsste aber zuerst neu bauen, denn diese hat gar nicht ausreichend Räume. Deswegen haben beide Schulen diese Maßnahme abgelehnt. Vielmehr sollte ein Schlichtungsversuch gemacht werden, wie dies zukünftig aussehen könnte.

Im Übrigen gibt es an der Geschwister-Scholl-Schule mehrere VKL-Klassen (Internationale Vorbereitungsklassen). Hintergrund ist, dass diese Schüler ab der Klasse 7 zunächst auch die Chance bekommen, in eine Werkrealschule gehen zu können.

Diese Schule ist sozusagen die Hauptattraktion für die VKL-Klassen in ganz Konstanz. Dort hat es vier oder fünf Klassen mit speziell ausgebildeten Lehrkräften, die auch in der Werkrealschule tätig sind.

In der Klasse 10 kann man die Mittlere Reife übrigens ebenfalls ablegen. Erfahrungsgemäß legen auch 30 % der Schülerinnen und Schüler an der Werkrealschule die Mittlere Reife ab.

Der Weg über die moderne Realschule ist offen, aber solange die Schüler da sind, sollte auch die pädagogische Chance genutzt werden, die gut ausgebildeten Lehrkräfte dafür bereit zu halten. Diese Schüler sind im Übrigen auch freiwillig da.

Kreisrätin **Weber-Bastong**

Im Schreiben von Herrn **Pohlmann-Strakhof** steht, dass evtl. auch gar nicht alle Schülerinnen und Schüler wechseln könnten, die eigentlich wechseln wollten. Das ist ein praktisches Problem.

Vorsitzender

Das entspricht der Wortmeldung von Kreisrat **Müller-Fehrenbach**.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Man sollte die Kirche im Dorf lassen. Die Schüler wollen ihren Abschluss entsprechend ihren Begabungen und Leistungsmöglichkeiten machen. Dazu gibt es im deutschen Bildungssystem drei Standards, nämlich den Hauptschulabschluss, den Mittleren Abschluss und das Abitur.

In Konstanz wurde die Realschulreform umgesetzt. D. h., dass man an der Realschule die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss erlangen kann. An der Gemeinschaftsschule kann man den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss und an der Oberstufe auch das Abitur machen.

Wozu braucht es jetzt noch extra eine Schulart, die zwischen der Haupt- und der Realschule liegt? Die Prüfungsordnung der Werkrealschule im Bildungsplan ist weder „Fisch“ noch „Fleisch“. Das ist kein richtiger Realschulabschluss und entspricht etwas mehr als dem Hauptschulabschluss.

In Konstanz wurde auch der Beschluss gefasst, die Werkrealschule weiterzuführen. Das ist ja auch gut so. Der Schulträger kann dies so entscheiden. Für eine gute Schule braucht man aber auch eine Mindestanzahl von Schülern. Aus eigener Erfahrung kann gesagt werden, dass es nicht gut ist, eine Schule weiterzuführen, die immer „kränkelt“.

Für ein gutes Unterrichtsangebot bedarf es eine Mehrzügigkeit. Das ist eine Grundvoraussetzung.

Im Norden von Baden-Württemberg haben verschiedene Gemeinden und Schulträger aufgrund der Schulreform für allgemeinbildende Schulen nur noch zwei Schularten eingerichtet, nämlich die Gemeinschaftsschule und das Gymnasium. Die Gemeinschaftsschule führt - wie gesagt - zu allen Abschlüssen. Wozu braucht man noch doppelte und dreifache Strukturen?

Vorsitzender

Es wurden nun aus verschiedenen Blickwinkeln und Fachkompetenzen die Vor- und Nachteile aufgezeigt.

Die Aufgabe dieses Ausschusses ist aber auch, ein Signal an die Stadt Konstanz zu geben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss (Antrag von Kreisrat Eisch - mehrheitlich, 3 Gegenstimmen):

Der Landkreis Konstanz als Schulträger der Beruflichen Schulen tritt dem Antrag der Stadt Konstanz in Bezug auf das Auslaufen der Werkrealschule Geschwister-Scholl-Schule Konstanz entgegen.

2. Mitteilungen

2.1. Mettnau-Schule Radolfzell;

Reform der Pflegeberufe - Generalistische Pflegeausbildung - Pflegeberufegesetz

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Frau **Bräutigam** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrat **Prof. Dr. Luick**

Meine Frau ist Dozentin in diesem Bereich an verschiedenen Einrichtungen in verschie-

denen Landkreisen. Sie sagte dazu, dass man enorme Probleme dabei bekommen würde, Interessierte zu diesem neuen System überhaupt zu rekrutieren.

Es wird angenommen, dass die Eingangsvoraussetzungen für diese neue Ausbildungsform mindestens ein sehr guter Hauptschul- oder eigentlich ein Realschulabschluss sind, oder?

Frau Bräutigam

Zugangsvoraussetzung ist ein Realschulabschluss oder ein Hauptschulabschluss mit einer einjährigen Pflegehelferausbildung.

Kreisrat Prof. Dr. Luick

In den Einrichtungen, in denen meine Frau tätig ist, gibt es kaum Schülerinnen und Schüler, die diese Voraussetzungen aufweisen können. 50 - 60 % haben einen Migrationshintergrund. Die Sprache ist nochmal ein enormer „Flaschenhals“.

Man bringt die Auszubildenden zwar durch, denn diese sind in der Regel sehr motiviert. Aber sie sind nicht in der Lage mit den kognitiven Anforderungen in einem neuen System umzugehen.

„Insider“ sind sich sehr wohl bewusst darüber, dass es eine extreme Knappheit in den neuen geriatrischen Berufen geben wird.

Die Gesetzgeber, die sich dieses Pflegeberufegesetz ausgedacht haben, wurden sicher von dem Gedanken getragen, dass es einen Überfluss an Interessenten auf hohem Eingangsniveau geben würde.

In den geriatrischen Berufen gibt es nicht nur die „Highend-Anwendungen“, sondern auch Anwendungen im Alltagsbereich, die Berufe auf einem niedrigeren Level erfordern. Aber diese werden gar nicht mehr angeboten oder hinterher im System akzeptiert.

Frau Bräutigam

Teilweise trifft das zu. Es gibt in der Tat sehr viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Auf Länderebene muss noch entschieden werden, ob nach den zwei Jahren auch einfach ein Schnitt gemacht und Assistenzberufe ausgebildet werden sollten. Es wird nicht funktionieren, alle auf einem Fachkraft-Niveau auszubilden.

Kreisrat Prof. Dr. Luick

Nach dem aktuellen Bild würden allenfalls 20 % der derzeitigen Auszubildenden die Eingangsqualifikation für dieses neue System erfüllen.

Frau Bräutigam

Aber es werden auch Stützkurse in verschiedenen Fächern angeboten. Wo soll man die Auszubildenden denn sonst hernehmen?

Kreisrat Prof. Dr. Luick

Aber man kann doch keinen Realschulabschluss durch einen Stützkurs nachholen.

Frau Bräutigam

Es gibt allerdings auch Auszubildende, die ein Bachelor- oder sogar ein Master-Niveau haben. Dort mangelt es meist nur an den Sprachkenntnissen.

Kreisrat Prof. Dr. Luick

Das sind Ausnahmen.

Vorsitzender

Das ist nachvollziehbar. Vorhin wurden unter TOP 1 die Realität und die Politik angesprochen. Dies scheint sich in diesem Punkt etwas zu entkoppeln. Dazu gibt es aber auch noch weitere Beispiele:

Die Landesheimbauverordnung für Altenheime legt z. B. gewisse Punkte fest, die

dazu führen, dass hunderte Pflegeplätze im Landkreis Konstanz verloren gehen.

Die Qualifikation der Personen beim Roten Kreuz, die zum Notarzt mitfahren oder einen Krankentransport machen, wurde dermaßen hochgesetzt, dass man fast keine Personen mehr für diesen Bereich findet und große Probleme hat, diese Plätze zu besetzen. Gleichzeitig wurden die Hilfsfristen verkürzt – wie soll das gehen?

Nun ändern sich auch noch die Vorgaben in den Pflegeberufen.

Kreisrat **Prof. Dr. Luick**

Das wird auf ein Katastrophenmanagement hinauslaufen. In diesem System wird man kaum noch Interessierte bekommen.

Vorsitzender

Im Klinikum müssen sodann halbe Abteilungen geschlossen werden, weil keine Pflegekräfte gefunden werden können. Wenn dann welche eingesetzt werden, die nicht alle Diplome vorweisen werden, ist das Klinikum strafrechtlich haftbar, wenn etwas passieren würde. Dann schickt man die Menschen lieber nach Hause, bevor man sie falsch behandelt.

Kreisrat **Prof. Dr. Luick**

Meine Stellungnahme wäre durchaus ein Kritikpunkt für eine generelle Bemerkung aus unseren Kreisen, dass hier ein Gesetz erarbeitet wurde, das komplett an den Bedürfnissen und am realen Markt vorbeigeht und zu katastrophalen Versorgungsengpässen führen wird.

Da nützen auch die besten Schulstrukturen und die besten Vorgaben zu den Qualifikationen der Auszubildenden nicht.

Vorsitzender

Der Gipfel ist, dass Stellenschlüssel für Krankenhäuser oder stationäre Einrichtungen vorgegeben werden, die erfüllt werden müssen. Wenn diese nicht erfüllt werden, steht man mit einem Fuß quasi schon im Strafrecht.

Wenn die Stellen nicht entsprechend den Stellenschlüsseln besetzt werden können, kann Pflege in diesen Bereichen auch nicht stattfinden.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Dies wird als ein Zwischenbericht betrachtet. Es wird darum gebeten, dass ein weiterer Bericht erfolgt, sobald sich der „erste Rauch“ verzogen hat.

Aus persönlicher Sicht wurden die Eindrücke etwas positiver aufgenommen als das, was gerade diskutiert wurde.

Dem Vortrag von Frau **Bräutigam** konnten durchaus auch positive Aspekte entnommen werden. Es ist noch zu früh, um alles in Grund und Boden zu verdammen.

Es besteht der Eindruck, dass die Quadratur des Kreises insbesondere dadurch entsteht, dass man die Ausbildung immer besser machen und höhere Ansprüche erfüllen will. Auf der anderen Seite möchte man die Zugangsquote bzw. -hürde senken, um mehr Bewerber zu bekommen. In diesem Spannungsfeld steht man dann.

Es wird eine Kunst für die Ausbildungsschulen sein, diese Ausgewogenheit herzustellen und daher wäre es gut, einen weiteren Zwischenbericht zu dieser Thematik zu erhalten, sobald etwas mehr Klarheit über den konkreten Ausbildungsverlauf besteht.

Wenn man zwei Jahre Zeit hat sich fachlich zu orientieren, wird solch eine Wahl nach eigenem Ermessen sicher fundierter sein. Das wird eine bessere Prognose für ein Berufsleben sein.

Dass man im dritten Jahr die Möglichkeit zur Spezialisierung in einem bestimmten Bereich offen lässt, wird sich nach ein paar Jahren als Auslaufmodell entpuppen. Schlussendlich wird man dann eine generalistische Ausbildung haben.

Dies wird aber nach der Abschlussprüfung trotzdem dazu führen, dass einige Personen lieber in den einen Bereich und die anderen lieber in einen anderen Bereich gehen werden. Es ist ja zu erwarten, dass der Bedarf überall noch groß ist.

In einem weiteren Zwischenbericht nach etwa einem Jahr sollte auch erläutert werden, wie die anderen Landkreise diese Thematik handhaben.

Herr **Gutmann**, ist das Ganze wirklich so negativ, wie es in der Diskussion dargestellt wurde? Oder werden gute Chancen darin gesehen, dass sich die Schule im Interesse der Auszubildenden und damit auch im Interesse der jungen, alten und kranken Menschen bzw. Patienten entwickeln kann?

Herr **Gutmann**

Die Mettnau-Schule tut alles, was in ihrer Macht steht. Aber die gesellschaftlichen Umstände, die dazu führen, dass sich jemand für diese Berufe interessiert, kann die Schule durch die Qualität der Ausbildung nur unwesentlich, aber sicher nicht grundlegend beeinflussen.

Im Radio wurde heute Vormittag darüber berichtet, wie diese Berufe attraktiver gestaltet, besser bezahlt und besser wertgeschätzt werden könnten, um die Personen zu erreichen, die zahlreich in diesen Beruf drängen. Dies liegt am wenigsten in der Hand der Schule selbst, die sich nur um die Qualität der Ausbildung bemühen kann.

Frau **Bräutigam**

Es wird auch als schwierig empfunden, Zugangsvoraussetzungen zu senken und bspw. zu sagen, dass ein Hauptschulabschluss ausreichend wäre. Es besteht einfach ein gewisser Anspruch an die Ausbildung.

Vorsitzender

Aber als Patient ist es mir lieber, wenn jemand kein Abitur hat, als dass überhaupt keiner da ist.

Ein weiterer Bericht wird erfolgen, sobald sich - wie erwähnt – der erste „Rauch“ verzogen hat.

Kreisrätin **Brigitte Leipold**

Welche Vorstellungen herrschen über die Bezahlung während und nach der Ausbildung?

Frau **Bräutigam**

Es wird Ausbildungsgehalt gezahlt. Die Höhe hängt vom jeweiligen Träger und den Tarifen ab. Im Schichtdienst erhält man zwischen 500 € und 1.200 €/Monat, je nach Ausbildungseinrichtung, gestaffelt nach den zwei Ausbildungsjahren.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Ein Grundproblem dieser Reform ist, dass man sich angesichts des Mangels in diesem Bereich dachte, den Eingang flexibel zu gestalten, um mehr Menschen zu erreichen. Das war vermutlich die Grundüberlegung.

Letztlich wird aber die grundlegende Ausbildung in einem Bereich darunter leiden. Wenn man noch mehr Qualifikationen in die gleiche Ausbildungszeit aufnehmen möchte, wird dies auch mit einer Verdichtung des Stoffes einhergehen.

Oder man schneidet die Tiefe ab und verringert so die Qualität der Ausbildung.

Zudem löst man eigentlich nicht das Problem, dass sich mehr junge Menschen vielleicht auch noch im mittleren Alter dafür entscheiden, diese Ausbildung zu machen. Um dieses Problem zu lösen, bräuchte man von Anfang an eine grundlegende und vernünftige Ausbildungsvergütung über alle Ausbildungsteile hinweg.

Denn die Höhe der Ausbildungsvergütung spielt bei der Ausbildungswahl natürlich auch eine Rolle.

Die zweite Frage ist, wie viel man nach der Ausbildung verdienen wird. Dieser Punkt wird von der bundesweit aufgesetzten Reform überhaupt nicht angegangen. Es wird zwar nicht befürchtet, dass die Bewerberzahlen sinken werden. Aber die beabsichtigten Effekte werden vermutlich nicht erzielt werden können.

Kreisrat **Zähringer**

Es stellen sich zwei Fragen. Einerseits diskutieren wir als doppelt Betroffene, nämlich als Schulträger einer Schule, die sich den Anforderungen stellt und als Träger des Gesundheitsverbands. Das macht die Diskussion einerseits schwierig aber andererseits auch fruchtbar.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** bat um einen weiteren Bericht. Ggf. könnte man dann auch mit weiteren Wünschen und Anforderungen an den Schulträger in diesen Ausschuss kommen. Evtl. kann der Schulträger, der ja auch Träger des Gesundheitsverbands ist, Unterstützungssysteme zur Verfügung stellen.

Es wird sich auch die Frage stellen, wie der Schulträger seinen Teil zu dieser Ausbildung, deren Rahmenbedingungen vom Bundes- und Landesrecht vorgegeben werden, beitragen kann, damit diese Ausbildung zumindest im Landkreis Konstanz erfolgreich sein wird. Es wird auch darum gehen, wie man die Mettnau-Schule zukunftsfähiger gestalten wird.

Frau **Bräutigam**

Das wäre mir ein großes Anliegen.

Auch die Überlegung, welche Synergien genutzt werden könnten, ist wichtig. Mit Frau **Schiffer** vom GLKN besteht bereits reger Austausch.

2.2. Jugendberufsbegleiter im Landkreis Konstanz: **Bericht über die Arbeitsergebnisse im Schuljahr 2017/18 – Übergang von Schülerinnen und Schülern von allgemein bildenden Schulen in eine berufliche Schule**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Frau **Gogol** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Vorsitzender

Die damit vermittelte Botschaft ist sehr gut. Man könnte darüber spekulieren, wie hoch die Zahl derjenigen wäre, die es gäbe, wenn wir sie nicht extra erfassen und betreuen würden. Der absolute Prozentsatz ist im Verhältnis relativ gering. Dennoch ist es ein pädagogischer Imperativ, der die ganze Maßnahme auch im Umfeld erfolgreich macht. Vielen herzlichen Dank.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Auf der ersten Folie des Vortrags wurde die Anzahl der Übergänge der Schüler aufgezeigt. Auffallend ist, dass die Zahlen im Schuljahr 2015/16 auf 1.429 Schüler gesunken sind. Im Schuljahr 2016/17 stiegen die Schülerzahlen wieder an. In diesen Zahlen sind auch die jugendlichen Flüchtlinge berücksichtigt. Mittlerweile sinken die Zahlen wieder auf 1.550 Schüler.

Liegen Daten dazu vor, wie sich diese Bereiche aufteilen in Schulabgänger mit und ohne Schulabschluss etc.? Es wäre interessant zu wissen, wie sich auch das Thema jugendliche Flüchtlinge in diesen Zahlen widerspiegelt.

Oder kann man davon ausgehen, dass die Zahlen generell sinken?

Vorsitzender

Das wäre schwierig, diese Frage ad-hoc zu beantworten. Es gibt an den beruflichen Schulen insgesamt weniger Schüler, weil der demografische Wandel zu spüren ist.

Herr **Spellenberg**

Die Zahlen an den beruflichen Schulen sind fast identisch geblieben. Gründe sind aus der Statistik schwer herzuleiten.

Am Übergang „Schule – Beruf“ ändert sich jedes Jahr etwas. Oftmals hängt dies auch von den jeweiligen Schülern oder Jahrgängen ab.

Es wird vermutet, dass ein Grund auch die Gemeinschaftsschulen sind.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Das sind die berufsschulpflichtigen Schüler nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht. Diese Personen haben alle bereits eine Bildungsbiografie.

Herr **Spellenberg**

Diese Personen haben bereits neun Jahre Schule hinter sich.

Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Dabei stellt sich wie gesagt die Frage, welche Schüler welchen Bildungshintergrund haben.

Herr **Pohlmann-Strakhof**

Diese Frage kann tatsächlich nicht ad-hoc beantwortet werden. Es ist auch unklar, ob man diese Daten überhaupt aufbereiten kann.

Vorsitzender

Herr **Spellenberg** wird gebeten, auf diese Frage beim nächsten Vortrag der Jugendberufshelfer einzugehen. Es wäre dabei auch interessant zu wissen, welche Rolle es spielt, wie viele Lehrstellen es gerade gibt. Denn man müsste ja schlussfolgern, dass es deswegen so wenige „Unversorgte“ gibt, weil jeder Handwerksmeister händeringend auf der Suche nach Auszubildenden ist. Wie ist das Verhältnis zwischen freien Lehrstellen oder offenen Lehrstellen. Eine weitere Frage ist, ob Migration hierbei eine Rolle spielt.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Sie haben 20 unversorgte Jugendliche. Wenn nun geschrieben wird, dass diese einen 450€ - Job haben, ein Bußgeld erwarten oder in einer anderen Maßnahme sind, erfüllen diese jungen Menschen natürlich noch nicht die Berufsschulpflicht. Da muss man dranbleiben.

Zudem wurde sehr schnell der demografische Wandel erwähnt. Das ist aber nicht so einfach ablesbar, nur weil es weniger Schüler gibt. Man muss noch dazusagen, wie viele Schüler denn in der allgemeinen Schulpflicht geblieben sind. Oder wie viele Schüler haben die Mittlere Reife und sind dann nicht mehr berufsschulpflichtig, weil sie bspw. das entsprechende Alter erreicht haben oder aus anderen Gründen, die von der Berufsschulpflicht entbinden?

Vorsitzender

Es hängt auch wesentlich davon ab, wie viele offene Lehrstellen es gibt.

Herr **Spellenberg** wird gebeten, auf diese Fragen beim nächsten Vortrag einzugehen.

**2.3. Berufliche Schulen im Landkreis Konstanz:
Schulstatistik 2017/18 - Kleinklassen (Eingangsklassen)**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** ergänzt, dass es bei der nächsten Mitteilung über die Kleinklassen auch interessant wäre zu wissen, wo bspw. auch neue Berufsfelder oder Parallelklassen entstanden sind. Es sollte nicht ausschließlich über Schließungen

berichtet werden, denn zum Teil wurden andere Ausbildungswege stärker gewählt.

Vorsitzender

Das ist korrekt. Diese Mitteilung sagt noch lange nicht alles über die gesamte Entwicklung und Qualität des beruflichen Schulwesens aus. Es wird allerdings festgestellt, dass es Berufe gibt, die nicht mehr so attraktiv sind.

Die Statistik wird fortgeführt und der Ausschuss wird wieder informiert werden.

2.4. Neubau eines Berufsschulzentrums in Konstanz; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Herr **Nops** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Vielen Dank für diese Aufstellung. Man sollte vermeiden, dieses Thema unter Zeitdruck zu behandeln. Es ist gut, dass heute keine Beschlüsse gefasst werden.

Bei den Bildungsgängen geht es manchmal auch um Interpretationen, was möglich ist. Bestimmte Lernfeldkonzepte werden empfohlen oder gefordert, je nachdem, wie die Verbindlichkeit dann aussehen wird. Sind diese Dinge alle schon bis zu Ende ausdiskutiert und eingearbeitet worden oder gibt es dabei noch einen Spielraum? Zumal es ja auch noch „von - bis“ heißt. Was steckt da noch dahinter?

Diese Frage bezieht sich auch auf Werkstätten und Fachräume. Diese entwickeln sich von Schuljahr zu Schuljahr und vor allem im technischen Bereich gibt immer wieder neue Auflagen. Wurde das berücksichtigt oder gibt es noch Spielräume?

Für die Zweifeldsporthalle wurde ein Bedarf von 57 Wochenstunden erwähnt. Im derzeitigen Bestand gibt es allerdings drei Teile und einen Gymnastiksaal. Es ist auch ganz klar, dass man darüber sprechen muss, welchen Bedarf es im Bereich der Sporthallen für die Stadt Konstanz noch gibt. Hat die Stadt Konstanz dazu eine Stellungnahme abgegeben? Mir ist bekannt, dass Konstanz um jeden Hallenteil ringt und mit Sicherheit ein Interesse geltend machen wird. Solch eine Chance darf man sich nicht entgehen lassen.

Der **Vorsitzende** wird gebeten in Verhandlungen mit der Stadt zu treten, denn in diesem Bereich bedarf es einer Zusammenarbeit mit einem gemeinsamen Ziel.

Vorsitzender

Die Stadt Konstanz wurde selbstverständlich informiert und angehört. In einem weiteren Gespräch wird man sich über die Konditionen unterhalten und weitersehen. Das Ganze läuft immer unter der Voraussetzung, dass die Platzfrage geklärt wird. Sollte man mit einer dreiteiligen Sporthalle über eine bestimmte Grundfläche hinauskommen, würde die Situation etwas schwieriger aussehen.

Herr Pohlmann-Strakhof

Sollte es doch bei der Zweifeldsporthalle bleiben, müsste für die beiden Schulen in Konstanz zumindest darauf geachtet werden, dass die entsprechenden Maße eingehalten werden.

Vorsitzender

Das ist selbstverständlich.

Herr Pohlmann-Strakhof

Ich bin dankbar, dass die Lehrkräfte bzw. Schulleitungen von Anfang an mit einbezogen und beteiligt wurden. Dem Sollraumprogramm des Regierungspräsidiums (RP) haben die Schulleitungen von Beginn an zugestimmt. Auch weil die Verwaltung in einem abschließenden Gespräch signalisiert hat, dass man bei der Planung von den

Maximalwerten ausgehen würde.

Die Vorgaben für das Sollraumprogramm sind nicht auf dem aktuellen Stand. Da ist nicht von Differenzierungsräumen für Arbeitsgruppen die Rede. Die Vorgaben hinken noch etwas hinterher. Diesen Spielraum bräuchte man allerdings noch bei den Maximalvorgaben.

Man sollte auch daran denken, dass nicht auf zu kleinem Raum gebaut wird. Reservflächen sollten berücksichtigt werden, denn bis das BSZ in Konstanz gebaut wird, werden sich die Bevölkerungszahlen in Konstanz nochmals erheblich verändern.

Vorsitzender

Das Raumprogramm des RP wurde auf Basis der Förderrichtlinien, die es für den Bau einer neuen Schule gibt, erstellt. Dieses Kriterium wird hier aber nicht zutreffen, denn das Ministerium und RP fördern keine Ersatzbauten, sondern nur Neubauten. Bezüglich der Förderungen wird es ein schwieriger Prozess sein, sicherzustellen, dass es sich hierbei nicht um einen Ersatzbau, sondern um einen Neubau handelt.

Der Landkreis wird mit dem RP sehr hart verhandeln, weil nachgewiesen werden kann, dass es sich bei gewissen Bauten wirklich um Neubauten handeln wird. Andere Bauten werden evtl. nur Ersatzbauten sein.

Kreisrat Siegfried Lehmann

Es ist gut, diese Analyse zu machen. Mit den größten Quadratmeterzahlen wird es durchaus Spielraum geben. Wenn es nachher im Detail an den Wettbewerb geht, wird ein Anforderungskatalog in Bezug auf das pädagogische Konzept berücksichtigt werden müssen.

Natürlich ist klar, dass für eine Berufsschule mit solch einer Vielfalt Lehrerstützpunkte in einzelnen Bereichen sinnvoller und notwendiger sind als nur ein einzelnes großes Lehrerzimmer. In der Anforderungsliste für die Ausschreibung sollte das definiert werden. Aus der Spanne von 9.800 - 12.500 m² müsste dieser Bereich noch definiert werden. Die 12.500 m² sind eine gute Grundlage.

Im Hinblick darauf, dass die Idee eines gemeinsamen Oberstufenzentrums mit der Gemeinschaftsschule der Stadt Konstanz bereits gescheitert ist, wird es spannend werden, ob eine Zusammenarbeit in Bezug auf die Sporthallen funktionieren wird. Natürlich ist klar, dass der Landkreis keine zusätzlichen Hallenkapazitäten für die Stadt Konstanz bauen kann. Das muss die Stadt schon selbst machen.

Nach wie vor wird es zwei Schulen am gleichen Standort geben. Vielleicht müsste das Ganze einmal gemeinsam diskutiert werden, um die Verständigung zu verbessern.

Kreisrätin Brigitte Leipold

Der Hausmeister erhält laut Plan maximal 18 m², aber es sind lediglich 12 m² vorgesehen. Diese Zahl sollte nochmals geprüft werden.

Zudem wird gehofft, dass es einen Wettbewerb für dieses Gebäude geben wird.

Vorsitzender

Es wird auf jeden Fall mehrere Entwürfe geben. Ob man dies in der rechtlichen Form eines Wettbewerbs mit all seinen Herausforderungen oder in einer anderen Form machen wird, wird man noch entscheiden müssen.

Die 12 m² für einen Hausmeister entsprechen im Landratsamt fast schon einem Büro eines Amtsleiters. Der Hausmeister arbeitet nicht durchgehend in seinem Arbeitszimmer, sondern im gesamten Gebäude. Das sollte vermutlich reichen.

Kreisrat Stolz

Vielen Dank für den Bericht. Mit der Maximalzahl des Raumprogramms ist richtig viel möglich. Es ist auch klar, dass nicht alles so gebaut werden wird, wie es in diesem

Raumprogramm drinsteht. Denn das hier sind die förderungsfähigen Räume, zumal die Frage noch offen ist, ob es wirklich eine Förderung geben wird.

Die nächste Baustelle wird dann die Frage sein, was passiert, wenn diese Räume nicht gefördert werden können. Wenn der Landkreis dann zahlen müsste, würde die Welt wieder etwas anders aussehen.

Zu einem Punkt, über den zumindest am Anfang noch diskutiert wurde, wurde schon länger nichts mehr gesagt. Ab dem Punkt 5.2 (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage) sind mit Ausnahme des Hausmeisterzimmers alle Räume in doppelter Belegung aufgeführt. Ist das auch so geplant? Man sagte ja ursprünglich, dass bis zu einer entsprechenden Entscheidung über eine Variante, beide Varianten geprüft werden würden.

Vorsitzender

In einem sehr ausführlichen und konstruktiven Gespräch mit beiden Schulleitungen der Wessenberg-Schule und der Zeppelin-Gewerbeschule Konstanz wurde vereinbart, dass die organisatorische Form ein Berufsschulzentrum sein wird. Über eine gewisse Zeit lang wird es zwei selbständige Schulen geben, die aber nicht zwei Lehrerzimmer, sondern als Zeichen des Zusammenwachsens ein gemeinsames Lehrerzimmer haben werden.

Es wird zwei Chefzimmer und zwei Sekretariate geben. Wenn es in fünf oder zehn Jahren nur noch eine Schule geben wird, wird man diese Räume auch anders nutzen können und eine entsprechende Lösung finden.

Wenn laut Plan zwei Krankenzimmer vorgesehen sind, dann wird dies bei einer Schülergröße von rund 2.000 Schülern auch erforderlich sein. Das ist ein guter Kompromiss in dieser schwierigen Frage.

Zu gegebener Zeit wird wieder berichtet.

3. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

3.1. Verlegung von Schularten an das Berufsschulzentrum Radolfzell

Herr **Nops**

Das RP Freiburg hat dem Antrag des Schulträgers vom 24.10.2017 zur Verlegung von Schularten an das Berufsschulzentrum Radolfzell wie folgt zugestimmt:

- Zum Schuljahr 2019/20: Berufsschule Friseure (von der Zeppelin-Gewerbeschule KN), sowie Berufsschule Einzelhandelskaufleute (eine Klasse von der Robert-Gerwig-Schule Singen) – sukzessive.
- Zum Schuljahr 2020/21: Grundstufe Metalltechnik (vom Berufsschulzentrum Stockach).
- Zum Schuljahr 2021/22: Zweijähriges Berufskolleg Fremdsprachen (von der Wessenberg-Schule Konstanz) – sukzessive.

Es fehlt noch die Entscheidung über die Verlegung des Biotechnologischen Gymnasiums von der Mettnau-Schule. Die Verlegung wurde aber bereits vom RP und dem Kultusministerium zugesagt. Es wird davon ausgegangen, dass dies noch kommen wird und dass die Verlegung zum nächsten Schuljahr umgesetzt werden kann.

3.2. Sukzessive Verlegung der Fachstufe Maurer ab dem Schuljahr 2018/19 an die Gewerblichen Schulen Donaueschingen

Herr **Nops**

Das RP hat am 29.01.2018 dem Antrag des Schulträgers vom 21.11.2017 zur Verle-

gung der Fachstufe der Maurer ab dem Schuljahr 2018/19 an die Gewerblichen Schulen Donaueschingen zugestimmt.

3.3. Sukzessive Verlegung der Fachstufe Maler und Lackierer ab dem Schuljahr 2018/19 von den Gewerblichen Schulen Donaueschingen an das Berufsschulzentrum Radolfzell

Herr **Nops**

Der Schwarzwald-Baar-Kreis hat der sukzessiven Verlegung der Fachstufe Maler und Lackierer ab dem Schuljahr 2018/19 an das Berufsschulzentrum Radolfzell zugestimmt.

Vorsitzender

Das war das „Geben und Nehmen“, das im Ausschuss auch gefordert wurde.

3.4. Öffentlichkeitsarbeit für die Anmeldungstermine Berufliches Abendgymnasium 2018/19: **Appell der CDU-Fraktion**

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Die CDU-Fraktion möchte einen Appell an den Vorsitzenden richten – oder der Kultur- und Schulausschuss sollte an die Volkshochschule (VHS) appellieren:

Jetzt ist die Zeit für die Anmeldungen für das Schuljahr 2018/19 am Abendgymnasium der VHS in Radolfzell. Es wird dringend darum gebeten, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um die entsprechenden Menschen zu motivieren, sich anzumelden.

Dazu werden Informationsmöglichkeiten bei den Arbeitgebern oder auch an den beruflichen und allgemeinbildenden Schulen erforderlich sein, damit Schülerinnen und Schüler mit mittlerer Reife auch die Möglichkeit ergreifen können, die Abendschule zu besuchen. Personen, die bereits im Beruf sind, könnten sich dadurch höher qualifizieren um eine Hochschul- bzw. Fachhochschulreife zu erlangen.

Es reicht nicht aus, dass alle Informationen nur auf der Homepage der VHS zur Verfügung gestellt werden. Im Interesse derjenigen, für die diese Schule vorgehalten wird, müssen diese Informationen auch öffentlich gemacht werden. Diese Informationen sollten über Herrn **Lieby** an die VHS weitergeben werden.

Vorsitzender

Die VHS gab zuletzt bekannt, dass das Abendgymnasium sich nicht mehr rentieren würde. Der Kreistag entgegnete daraufhin, dass der Landkreis Träger sei und erwarten würde, dass das Abendgymnasium fortgeführt werden würde. Daraufhin sagte die VHS zu, das Abendgymnasium für eine gewisse Zeit fortzuführen. Es ist daher in der Tat die Pflicht des Gremiums, dieses schulische Angebot zu bewerben.

Die Aufmerksamkeit gilt daher Herrn **Brunhöber**, dem anwesenden Vertreter der lokalen Presse. Es wäre erfreulich, wenn dieses Thema in der öffentlichen Berichterstattung aufgegriffen werden würde. Zugleich sollte erwähnt werden, dass der Landkreis die VHS sehr nachdrücklich gebeten hat, dieses Angebot aufrechtzuerhalten, weil aus politischen Gründen gesagt wurde, dass die Chance auf einen späteren Bildungsabschluss dieser Art im Landkreis Konstanz auch weiterhin durch dieses Angebot gegeben ist. Vielleicht wäre es möglich, dass Herr **Brunhöber** mit der VHS darüber ein Gespräch führen würde.

Herr **Pohlmann-Strakhof** wird ebenfalls gebeten, an den beruflichen Schulen auf dieses Angebot hinzuweisen.

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Danke vielmals. Die VHS erhebt eine Gebühr von 570 € pro Schuljahr. Freiburg verlangt 325 €, Pforzheim 360 €, Karlsruhe 420 € und Rastatt 338 €. Es wird deshalb an die VHS appelliert, die Gebührensatzung zu überprüfen.

Vorsitzender

Das Angebot der VHS im Landkreis Konstanz sollte nun nicht wegen einer vermeintlich zu hohen Gebühr schlechtgeredet werden. Man wird drüber nachdenken, wobei dies diesem Ausschuss dann in den Haushaltsplanberatungen ggf. „auf die Füße fallen wird“.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 18:15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Für den Ausschuss:

Ralf Blum

Prof. Dr. Rainer Luick

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann